

## NEWSLETTER JUNI 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem in NRW Sondierungen mit Linken und FDP zur Bildung einer Landesregierung gescheitert sind und es auch nicht zu einer Großen Koalition kommt, haben SPD und GRÜNE entschieden, eine Minderheitsregierung in NRW zu bilden, denn an der rot-grünen Mehrheit im Landtag fehlt schließlich nur eine Stimme. Auch wenn die Bildung einer Minderheitsregierung sicher keine Wunschoption ist und allein der Konstellation nach dem Wahlergebnis und den gescheiterten Sondierungen geschuldet ist, bietet sich nun die Chance, gemeinsam mit der SPD eine neue Politik in NRW zu gestalten. Wir laden CDU, FDP und Linke ausdrücklich ein, die Politik einer rot-grünen Minderheitsregierung im Sinne der Sache zu unterstützen. Als Mitglied der Grünen Verhandlungsgruppe „Klima, Energie, Wirtschaft“, versuche ich mitzuhelfen, in diesem wahrscheinlich schwierigsten Themenfeld der NRW-Landespolitik den Neuanfang zu organisieren. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Im Bundestag war in diesem Monat erfreulich, dass die Bundesregierung nach monatelangem Gezerre nun beginnt einzusehen, welchen Schaden sie mit der Haushaltssperre für das Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien anrichtet, wie eine Studie des IfO-Instituts belegt. Auch dies finden Sie in diesem Newsletter. Die Koalition hat angekündigt, dass sie im Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 07. Juli für eine Aufhebung der Haushaltssperre votieren will. Für viele in der Branche kommt diese Erkenntnis zu spät – der Schaden, der durch diese Hängepartie verursacht wurde, ist irreperabel.

Weniger gut erscheinen jedoch die Aussichten für die Kraft-Wärme-Kopplung unter der schwarz-gelben Bundesregierung. Ein von der Grünen Bundestagsfraktion organisiertes Fachgespräch am 17. Juni ergab: Unter den aktuellen politischen Bedingungen ist das 25 Prozent-Ziel nicht zu erreichen. Ein weiterer wichtiger Termin in diesem Monat: Am 30. Juni wurde ein neuer Bundespräsident gewählt. Auch wenn es nicht zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten gereicht hat, hat unser Kandidat Joachim Gauck in der Fraktionssitzung der Grünen Bundestagsfraktion am 08. Juni uns alle beeindruckt und bei seiner Wahl auch Teile der Koalition. Diese und weitere Themen sind Gegenstand dieses Newsletters.

Ich wünsche eine spannende Lektüre verbunden mit herzlichen Grüßen



Oliver Krischer

## Themen dieser Ausgabe

1. Neuanfang in der NRW-Energiepolitik
2. Joachim Gauck war ein würdiger Kandidat für das Bundespräsidialamt
3. Fachgespräch zur Entwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung
4. Steinkohlesubventionen jetzt überprüfen
5. Ifo-Studie liefert endgültigen Beweis: Der Förderstopp beim Marktanzreizprogramm ist ein klassisches Eigentor – Endgültige Entscheidung über Haushaltssperre fällt am 07. Juli
6. RWE-Vorstand Birnbaum bezeichnet neue Kohlekraftwerke als nicht mehr wirtschaftlich
7. CCS-Gesetz kommt noch in diesem Jahr – Fördermittel aus dem Emissionshandel ausschließlich für Erneuerbare Energien verwenden
8. FÖS-Studie: Kohlesubventionen weit höher als bisher bekannt
9. Energieeffizienzgesetz der Bundesregierung ist ein zahnloser Tiger
10. Angehende Ingenieure der Erneuerbaren Energien zu Gast bei Oliver Krischer im Bundestag

### 1. Neuanfang in der NRW-Energiepolitik

Als Teilnehmer an den Koalitionsverhandlungen zu den Fragen der Energie- und Klimapolitik des Landes ist es mir ein besonderes Anliegen dafür zu sorgen, dass mit der neuen Landesregierung eine Wende in der Energiepolitik eingeleitet wird. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung muss genauso vorangetrieben werden, wie die Erschließung der Potentiale bei der Energieeffizienz, denn in beiden Feldern gibt es viel Nachholbedarf in NRW. So klingen uns allen noch die Worte des damaligen CDU-Bauministers Oliver Wittke bei seinem Amtsantritt in den Ohren, die Windkraft sei das erste was er kaputt machen werde. Diesen Worten folgten mit dem für die Windenergie desaströsen Windkrafteerlass bald Taten, mit dem Ergebnis das NRW seine Führungsposition bei der Windenergie verlor. Hier werden wir anpacken und, natürlich unter Berücksichtigung des Anwohnerschutzes, den Ausbau- und Modernisierungsstau („Repowering“) bei der Windenergie auflösen. Das Ruhrgebiet ist darüber hinaus eine bisher kaum erschlossene Wärmesenke für die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung. Auch diese Potentiale gilt es zu erschließen. NRW produziert mit seinem hohen Anteil an Braun- und Steinkohle an der Stromerzeugung ein Drittel der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen und trägt als Industrieland deshalb eine besondere Verantwortung beim Klimaschutz, und dieser gilt es in einer neuen Landesregierung endlich gerecht zu werden. Weiterführende Informationen zum Stand der Koalitionsverhandlungen finden Sie auf den Seiten der NRW-GRÜNEN unter [www.gruene-nrw.de](http://www.gruene-nrw.de)

### 2. Joachim Gauck war ein würdiger Kandidat für das Bundespräsidialamt

Joachim Gauck war der Kandidat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD für die Bundespräsidentenwahl am 30. Juni 2010. Am Dienstag den 08. Juni war Joachim Gauck zu Gast in unserer Fraktion und präsentierte sich und seine

Vorstellungen vom Amt des Bundespräsidenten. "Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung" war eine der Kernbotschaften des ehemaligen Leiters der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen. Eine Stunde lang diskutierte Gauck mit den Grünen Bundestagsabgeordneten, bei denen seine Kandidatur auf ein ungeteiltes, positives Echo stieß. Auch für mich persönlich stand danach fest: Joachim Gauck ist der Präsident, den das Land angesichts zunehmender Distanz der Menschen zum demokratischen System braucht. Ich bedaure, dass sich die Bundesversammlung nicht für den über Parteigrenzen hinweg beliebten Kandidaten entschieden hat. Dass der von Schwarz-Gelb vorgeschlagene Kandidat erst im dritten Wahlgang gewählt wurde hätte selbst die Koalition wohl nicht erwartet. Dennoch möchte ich an dieser Stelle dem neuen Bundespräsidenten Christian Wulff zu seiner Wahl gratulieren und wünsche ihm eine glückliche Hand. **HIER** finden Sie eine Dokumentation der letzten drei Wochen von Joachim Gaucks Kandidatur.

Die Beweggründe, die zu meiner Wahlentscheidung für Joachim Gauck führten sowie ein ausführlicher Bericht zu meinen Eindrücken von Joachim Gauck finden Sie **HIER**.

### **3. Fachgespräch zur Entwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung**

Das Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bis 2020 von derzeit 12 auf 25 Prozent zu erhöhen. Doch schon seit Jahren stagniert der Anteil der KWK an der Stromerzeugung. In einem von der Grünen Bundestagsfraktion organisierten Fachgespräch mit über 40 Vertretern aus Verbänden, Unternehmen und der Politik wurde deutlich, dass davon auszugehen ist, dass der KWK-Anteil in Deutschland in den kommenden Jahren sogar noch sinken könnte. Als zentrales Ergebnis des Fachgesprächs bleibt festzuhalten: Unter den aktuellen politischen Bedingungen ist das 25 Prozent-Ziel nicht zu erreichen. Einen ausführlichen Bericht zu dem Fachgespräch und weiterführende Informationen finden Sie **HIER**.

### **4. Steinkohlesubventionen jetzt überprüfen**

Das Steinkohlefinanzierungsgesetz des Bundes vom 20.12.2007 sieht eine Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus bis zum Jahr 2018 vor. Bis dahin wollen Bund und das Land NRW noch etwa 14 Mrd. Euro Subventionen für den Steinkohlebergbau bereitstellen. Hierin nicht eingerechnet sind die Altlasten und Ewigkeitskosten des Steinkohlebergbaus, die auch noch lange nach der Beendigung des Bergbaus anfallen werden. Wir Grünen haben deshalb einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in welchem wir die sofortige Anwendung der sogenannten Revisionsklausel fordern. Die Bundesregierung soll dem Deutschen Bundestag noch in diesem Jahr einen Bericht vorlegen, auf dessen Grundlage dann entschieden wird, ob Steinkohlebergbau weiter gefördert wird. Die elektronische Vorab-Fassung unseres Antrags finden Sie **HIER**.

## **5. Ifo-Studie liefert endgültigen Beweis: Der Förderstopp beim Marktanzreizprogramm ist ein klassisches Eigentor – Endgültige Entscheidung über Haushaltssperre fällt am 07. Juli**

Eine Studie des Ifo-Instituts im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien hat errechnet, dass durch die Aufhebung der gegenwärtigen Haushaltssperre von 115 Mio. Euro beim Marktanzreizprogramm (MAP) Gesamtinvestitionen von über 844 Mio. Euro ausgelöst würden. Dem Fiskus würde dies Steuereinnahmen - selbst bei konservativen Annahmen - von über 150 Mio. Euro bescheren. Darüber hinaus kommen noch Faktoren wie Sozialversicherungsbeiträge und Arbeitsmarktentlastungen hinzu. Die grüne Bundestagsfraktion hat zum MAP einen Antrag zur Aufhebung der Haushaltssperre in den Bundestag eingebracht. Darin haben wir uns dem Entschließungsantrag des Bundesrats angeschlossen, der sich mehrheitlich für die Aufhebung der Sperre ausgesprochen hat. Den Antrag (BT-Drucksache 17/2007) findet sich [HIER](#), und das Protokoll der Plenardebatte mit meinem Redebeitrag findet sich [HIER](#) bei TOP 26. Dieser Druck hat offenbar Wirkung gezeigt: Die Mitglieder des Haushaltsausschusses von CDU/CSU und FDP haben angekündigt, die Haushaltssperre in der Sitzung am 07. Juli aufheben zu wollen. Weitere Infos [HIER](#).

## **6. RWE-Vorstand Birnbaum bezeichnet neue Kohlekraftwerke als nicht mehr wirtschaftlich**

Endlich ist die Erkenntnis, dass neue Kohlekraftwerke nicht mehr wirtschaftlich sind, auch in der Konzernspitze von RWE angekommen. Die erheblichen Probleme und Bauverzögerungen bei den sich im Bau befindlichen Kraftwerken von RWE in Neurath und Hamm haben diesen Erkenntnisprozess sicher auch befördert. Dass Kohlekraftwerke nicht mit den Zielen des Klimaschutz vereinbar sind, ist längst klar. Angesichts dessen ist RWE nun aufgefordert, auch die laufenden Planungen für neue Kohlekraftwerke an den Standorten in Niederaußem und Hürth im Rheinischen Braunkohlerevier in NRW und Arneburg in Sachsen-Anhalt offiziell einzustellen und damit für die betroffenen Regionen und Menschen Klarheit zu schaffen. Weitere Infos finden Sie [HIER](#).

## **7. CCS-Gesetz soll noch in diesem Jahr kommen – Fördermittel aus dem Emissionshandel ausschließlich für Erneuerbare Energien verwenden**

Es passt gut in das chaotische Bild, das die schwarz-gelbe Bundesregierung seit ihrer Amtsübernahme abgibt: Von der Bundeskanzlerin bei ihrer ersten Regierungserklärung eigentlich noch für 2009 angekündigt, erlebt die Neuauflage des im Sommer 2009 gescheiterten CCS (Carbon Capture & Storage)-Gesetzes eine Terminverschiebung nach der anderen. Da ein gültiger Rechtsrahmen jedoch Bedingung für die Förderung von CCS-Projekten aus Mitteln des Europäischen Emissionshandels ist, üben die großen Energiekonzerne mächtigen Druck auf die Bundesregierung aus, hoffen Sie doch auf großzügige Finanzhilfen aus Brüssel. Die Bundesregierung beugt sich diesem Druck offenbar und hat angekündigt, noch in diesem Jahr ein CCS-

Gesetz verabschieden zu wollen. Wir Grüne sind aus gutem Grund skeptisch gegenüber der CCS-Technologie. Ziel der CCS-Technik ist die Verringerung der bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen durch ein Abscheideverfahren mit anschließender unterirdischer Lagerung. Doch bei der unterirdischen Verpressung des CO<sub>2</sub> entstehen erhebliche Risiken. Wer kann garantieren, dass das CO<sub>2</sub> dort bleibt wo es ist? Auch die Wasserwirtschaft hat in einer Stellungnahme erhebliche Bedenken geäußert. Für uns Grüne sind die Fragen nach Sicherheit und Haftung im Falle von auftretenden Schäden an Mensch und Natur in nicht ausreichender Weise geklärt. Da wir uns dennoch im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens auch mit der CCS-Technologie auseinandersetzen wollen, haben wir einen Großteil der verfügbaren Informationen zu CCS zusammengetragen und in einem Hintergrundpapier zusammengestellt, welches Sie **HIER** downloaden können.

## **8. FÖS-Studie: Kohlesubventionen weit höher als bisher bekannt**

Das Forum für Ökologische-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat im Auftrag von Greenpeace die Kohlestudie "Staatliche Förderungen der Stein- und Braunkohle im Zeitraum 1950-2008" erstellt. Danach betragen die gesamten Förderungen für Steinkohle 295 Mrd. und für Braunkohle rund 57 Mrd. Euro. Die deutlichen Abweichungen von den in den Subventionsberichten der Bundesregierung genannten Zahlen (Braunkohle: "Null") hängen damit zusammen, dass in der Studie ein weit gefasster Subventionsbegriff verwendet wird, bei dem neben den direkten Finanzhilfen u.a. auch Steuervergünstigungen (Energiesteuer + Befreiung Förderabgabe und Wasserentnahmeentgelt) sowie den Förderwert des Emissionshandels (kostenlos zugewiesene Zertifikate) eingerechnet sind. Die Studie zum Download und weitere Informationen finden Sie **HIER**.

## **9. Das Energieeffizienzgesetz der Bundesregierung ist ein zahnloser Tiger**

Am 17. Mai 2006 ist die Richtlinie 2006/32/EG über „Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen“ (EDL-RL) in Kraft getreten. Die Mitgliedsstaaten wurden verpflichtet, die Richtlinie bis zum 18. Mai 2008 in nationales Recht umzusetzen. Mit zweijähriger Verspätung legt die Bundesregierung jetzt einen Gesetzesentwurf vor. Die Bundesregierung plant eine Verdopplung der Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 und den nationalen Stromverbrauch bis 2020 gegenüber 2005 um 11 % senken. Doch dieser Vorgabe wird der Gesetzesentwurf nicht gerecht. Auch bestehen Zweifel daran, dass die EU-Richtlinie umgesetzt wird. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten. Wir werden daher in Kürze einen Entschließungsantrag in den Bundestag einbringen, der eine ganze Reihe von Maßnahmen enthält, mit denen man die Potentiale bei der Energieeffizienz endlich erschließen kann. So fordern wir darin die Einführung eines Energiesparfonds und die Einführung des sogenannten Top-Runner Modells, bei denen die energiesparendsten Produkte den Standard vorgeben, den künftig alle Anbieter einhalten müssen. Der Antrag befindet sich diese Woche noch in der Beschlussfassung innerhalb der Grünen Bundestagsfraktion. Ab nächster können Sie den Antrag bei uns anfordern.

## **10. Angehende Ingenieure der Erneuerbaren Energien zu Gast bei Oliver Krischer im Bundestag**

Am Freitag den 11. Juni 2010 war eine Gruppe Studierender aus dem Ingenieursstudiengang Erneuerbare Energien der Fachhochschule Lemgo bei Oliver Krischer zu Gast im Deutschen Bundestag. Die Studierenden trafen den Sprecher für Energie- und Ressourceneffizienz der Grünen Bundestagfraktion im Rahmen eines Blockseminars zu Energiepolitik und Energiewirtschaft, welches sie ein Wochenende lang in Berlin abhielten. Einen kurzen Bericht finden Sie **HIER**.